

Teilhaushalt 1100 (Anträge 12 und 13)

Antrag 12 (Seite 41): Budget für Arbeits- und Gesundheitsschutzmaßnahmen für die städtische Belegschaft (DIE LINKE.)

Stadträtin Binder (DIE LINKE.): Ich spreche jetzt gleichzeitig auch für den nächsten Antrag mit, weil es sich um Maßnahmen handelt, die ich für dringend notwendig halte, um die Attraktivität der Arbeitsplätze innerhalb der Stadtverwaltung zu steigern. Zu steigern, in dem das Angebot für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter besteht, sich tatsächlich qualifizieren zu können, zu steigern, indem klar ist, dass gesund alt werden in einem Beruf in der Stadtverwaltung auch möglich ist. Und nach meinem Wissen gibt es innerhalb der Stadtverwaltung Projekte, die unter dem Aspekt demografiegerechte Arbeitsplatzgestaltung auch in Kooperation mit KIT und Kommunalverband für Jugend und Soziales geführt werden. Und ich denke, für diese Projekte braucht es letztendlich Geld, um sie dann auch umsetzen zu können. Wenn wir wollen, dass Krankheitsquote, Fehlzeiten, gesundheitliche Beeinträchtigungen reduziert werden, dann ist so was aus meiner Sicht notwendig und unverzichtbar. Und das Gleiche gilt natürlich auch für das Thema Bildungsmaßnahmen. Und da meine ich nicht nur die Digitalisierung als Teil eines Problems, dem die Beschäftigten täglich ausgesetzt sind. Wir haben Quereinsteigerinnen in verstärktem Maße und auch die müssen integriert werden in diese Verwaltungsaufgaben. Deshalb unsere Bitte, diesen Anträgen zuzustimmen.

Stadträtin Wolf (GRÜNE): Vielen Dank für den Antrag. Auch uns liegt der Arbeits- und Gesundheitsschutz und auch der nächste Antrag, Qualifizierungsmaßnahmen, sehr am Herzen. Wir sind aber der Meinung, dass so was mehr Vorlauf und einen Prozess im Vorfeld braucht. Wir müssen uns erst mal fragen, was gibt es denn dann schon, was setzt die Stadt schon um und auch, wo fehlt es noch. Und ich bin mir auch sicher, dass wir da Punkte finden, die wir dann auch gerne zusammen weiterverfolgen können. So pauschal müssen wir die beiden Anträge heute leider ablehnen.

Stadträtin Uysal (SPD): Liebe Frau Binder, grundsätzlich haben Sie recht mit diesen Anträgen, dass wir auf jeden Fall als Arbeitgeberin ein Auge darauf haben müssen, wie es unseren Beschäftigten geht. Aber wie meine Vorrednerin gerade begründet hat, können wir das nicht so pauschalisieren. Deshalb würden wir gerne den Bestand noch mal überprüfen wollen gemeinsam und dann eventuell Bereiche, die noch nicht ganz abgedeckt sind, gemeinsam noch mal erarbeiten und eventuell auch noch mal nachjustieren. Heute werden wir einen Vertrauensvorschuss der Verwaltung geben, die ja hier begründet, dass gewisse Maßnahmen schon etabliert sind und deshalb werden wir diesen Anträgen heute nicht zustimmen.

Der Vorsitzende: Also ich würde zum einen vorschlagen, dass wir das mal im Personalausschuss vorstellen, was wir alles tun, gegebenenfalls auch im Hauptausschuss. Aber der Eindruck, der hier erweckt wird, wir würden maximal für Digitalisierung irgendwelche Kurse anbieten, der steht natürlich im völligen konträren Gegensatz zu unserem, glaube ich, 70- oder 80-seitigen Fortbildungsprogramm, wo man wirklich wählen kann von, sage ich mal, Führungskompetenzen über Neuerarbeitung beruflicher Qualifikationen, es gibt Sprach-

kursmöglichkeiten bei der Stadt, man kann sich auch in E-Learning Programme einkaufen mit städtischen Mitteln. Ich weiß nicht, ob es eine andere Stadt gibt, die so ein umfangreiches Fortbildungsprogramm aufgelegt hat. Und wenn wir da 200.000 Euro mehr bräuchten, würden wir die auch irgendwo aktivieren. Aber wir sind im Moment mit dem Programm, das wir anbieten, eigentlich ganz zufrieden. Ähnliches könnte ich jetzt auch noch mal für den Arbeits- und Gesundheitsschutz ausführen, nur damit kein falscher Zungenschlag entsteht. Natürlich machen wir immer gerne mehr. Aber an der Stelle vertrauen Sie uns, dass wir das schon soweit mit dem Gesamtbetriebsrat abstimmen und mit allen Verantwortlichen, dass wir das selber organisiert kriegen.

Im Grunde haben Sie alle jetzt schon zu beiden Anträgen gesprochen. Dann rufe ich auf Antrag 12. hier geht es um eine Aufstockung des Budgets. Ich bitte um Ihr Votum. - Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Antrag 13 (Seite 41): Budget für Qualifizierungsmaßnahmen für die städtische Belegschaft

Ich bitte auch da um Ihr Votum. - Auch das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.